

Martin Niemöller: Wir werden uns wieder einmal darauf berufen müssen, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen – Brief an Adenauer 1950: Gegen neues Militär

Militaristische Propagandisten loben die Bundeswehr als Instrument der Demokratie, den einzelnen Soldaten als den Vertreter der „inneren Führung“, und bei „rechtsextremen Vorkommnissen“ handele es sich um Einzelfälle. In der „If Information für die Truppe – Zeitschrift für Innere Führung“ der Bundeswehr (4/17) wird „die Seele der Bundeswehr“ auf den „Geist von Himmerod“ zurückgeführt, der wirke „bis heute fort“. Das ist ein kaum verhülltes Bekenntnis zur Bundeswehr als Fortsetzerin der faschistischen Wehrmacht.

Das Bekenntnis kommt spät. Jahrzehntlang wurde in der Bundesrepublik die Himmeroder Tagung (4. bis 9. Oktober 1950) verschwiegen. Bereits am 1. Oktober 1950 wurde den Brüderräten der Bekennenden Kirche Deutschlands bekannt, dass die Himmeroder Tagung bevorstand und welchen Inhalt sie haben sollte.

(Weiter siehe Anhang.)

Martin Niemöller: Wir werden uns wieder einmal darauf berufen müssen, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen – Brief an Adenauer 1950: Gegen neues Militär

Militaristische Propagandisten loben die Bundeswehr als Instrument der Demokratie, den einzelnen Soldaten als den Vertreter der „inneren Führung“, und bei „rechtsextremen Vorkommnissen“ handele es sich um Einzelfälle. In der „If Information für die Truppe – Zeitschrift für Innere Führung“ der Bundeswehr (4/17) wird „die Seele der Bundeswehr“ auf den „Geist von Himmerod“ zurückgeführt, der wirke „bis heute fort“. Das ist ein kaum verhülltes Bekenntnis zur Bundeswehr als Fortsetzerin der faschistischen Wehrmacht.

Das Bekenntnis kommt spät. Jahrzehntlang wurde in der Bundesrepublik die Himmeroder Tagung (4. bis 9. Oktober 1950) verschwiegen. Bereits am 1. Oktober 1950 wurde den Brüderräten der Bekennenden Kirche Deutschlands bekannt, dass die Himmeroder Tagung bevorstand und welchen Inhalt sie haben sollte.

Der Auslandsgeheimdienst der DDR hatte die Vorgänge genau beobachtet. Am 11. August 1951, elf Monate nach dem Treffen der Brüderräte der Bekennenden Kirche Deutschlands, wurde in Ostberlin gemeldet: „Der Nationalrat der Nationalen Front übergibt der Weltöffentlichkeit auf einer Pressekonferenz ein ‚Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus‘.“ (aus: Chronik der Arbeiterbewegung). In einem spannenden Krimi des Militärverlages aus dem Jahr 1975 mit dem Titel „Das unsichtbare Visier“ wird geschildert, wie ein „Kundschafter des Friedens“ die Tagung in dem Eifelkloster Himmerod ausspionierte. Auch ein Fernsehfilm entstand zum Thema der Wiederherstellung einer deutschen Wehrmacht, um „unter Führung der USA die Vormachtstellung in Europa“ zu erlangen.

In jenem Eifelkloster Himmerod formulierten im Oktober 1950 ehemalige Generäle Hitlers - im Auftrag des Bundeskanzlers Konrad Adenauer (CDU), aber in Widerspruch zum Grundgesetz - eine geheime Denkschrift zur Aufstellung und Ausrüstung einer neuen Wehrmacht für die BRD. Sie sollte nur nicht so heißen. Die Generäle, die bald zu den militärischen Gründern der Bundeswehr werden sollten, stellten klar: Wir machen nur mit, wenn die Bestrafung ehemaliger SS- und Wehrmachtsangehöriger wegen ihrer Kriegsverbrechen aufhört und diese Männer wieder in die Armee aufgenommen werden, sie rehabilitiert werden. Nicht ein einziger Wehrmachtssoldat, der zur Bundeswehr kam, wurde wegen seiner Kriegsverbrechen verurteilt. Die Bundeswehr war und blieb ein Hort der Nazis und Neonazis, die Justiz bewahrte sie vor Ermittlungen und Bestrafung.

Die ersten Berichte über die Vorgänge in Himmerod stammten aus friedenspolitisch engagierten Kreisen der Evangelischen Kirche. Kirchenratspräsident Martin Niemöller schrieb an Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer (CDU):

„Darüber hinaus werden sich evangelische Christen jeder Remilitarisierung praktisch widersetzen und sich darauf berufen, daß ihnen die Bundesverfassung dieses Recht gibt. Und wenn ihnen durch eine Verfassungsänderung dieses Recht endlich entzogen werden sollte, so werden wir uns wieder einmal darauf berufen müssen, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen.“

Aus: „Neues Deutschland“, Mittwoch 11. Oktober 1950, Aufmacher Seite 1 und 2

Bonns Boden bebt

McCloy verkündet das amerikanische Kriegsprogramm / Innenminister Heinemann zurückgetreten / Bruderräte der Bekennenden Kirche fordern: Adenauer muß abtreten / Riesenbestechungsskandal in Bonn / Pastor Niemöller: Westdeutschland wird vergewaltigt

Frankfurt (Main). Unser westdeutscher Berichterstatter drahtet: Wir sind jetzt in Westdeutschland bei dem Punkt angelangt, wo die breiten Massen in Bewegung kommen gegen die Politik Adenauers und Schumachers, gegen die Remilitarisierung, gegen die amerikanischen Kriegspläne des Petersberges. Wohin der amerikanische Imperialismus in Westdeutschland steuert, geht aus einer Erklärung hervor, die McCloy am Montag vor rund 400 Beamten der amerikanischen Hohen Kommission und den Kreisverbindungsoffizieren in Frankfurt (Main) abgab. „Was wir in Deutschland gegenwärtig tun“, so erklärte McCloy, „ist dasselbe, was unsere Armeen in Korea leisten.“ McCloy fügte hinzu, daß die neuen amerikanischen Truppen, die in Westdeutschland stationiert werden, „ohne Rücksicht auf Besatzungskosten verteilt werden“.

Der wachsende Widerstand der Massen in Westdeutschland gegen die Kriegspolitik Adenauers hat zu einem offenen Konflikt innerhalb seines „Kabinetts“ geführt. Innenminister Heinemann, der der CDU angehört, hat wegen der Remilitarisierungspläne Adenauers seinen Rücktritt eingereicht. Diese Tatsache wird in Westdeutschland dahingehend gewertet, daß es demjenigen, der auch nur ein Fünkchen Patriotismus verspürt, absolut unmöglich ist, mit Adenauer und Schumacher zusammenzuarbeiten.

Bonn (Eig. Ber.). Vor wenigen Tagen brachte „Neues Deutschland“ die Nachricht, daß am 3. und 4. Oktober in Darmstadt ein Treffen der Bruderräte der Bekennenden Kirche Deutschlands stattfand. Sämtliche 37 Teilnehmer dieses Treffens richteten an Adenauer einen offenen Brief, in dem sie gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands Protest erheben. Wir sind heute in der Lage, diesen Brief im Wortlaut zu veröffentlichen, sowie Auszüge aus dem Schreiben des evangelischen Kirchenpräsidenten, Pastor Niemöller, zu der gleichen Angelegenheit. Der Brief der Bruderräte der Bekennenden Kirche Deutschlands hat folgenden Wortlaut:

„Herr Bundeskanzler!

Angesichts der Wiederaufrüstung, die unter Ihrer Autorität allenthalben mit Nachdruck anläuft, müssen wir Sie fragen:

1. Sie haben als Bundeskanzler die Bereitschaft erklärt, im Rahmen einer europäischen Armee deutsche Truppenkontingente zur Verfügung zu stellen. Wer hat Ihnen das Recht zu einer solchen Erklärung gegeben?

Als die Bevölkerung 1949 ihre Vertreter in den Bundestag wählte, der Ihnen das Kanzleramt übertrug, gab sie damit weder den Mitgliedern des Bundestages noch Ihnen den Auftrag, uns wiederaufzurüsten.

„Wir stellen fest: die Wiederaufrüstung geschieht nicht im Namen des deutschen Volkes, sondern in Ihrem eigenen Namen und im Auftrage Ihrer Befehlsgeber gegen den Willen eines großen Teiles unseres Volkes.

2. Wir haben zuverlässige Nachricht, daß am 1. Oktober dieses Jahres Generale der alten deutschen Wehrmacht in einem Organisationsstab die Aufstellung eines deutschen Truppenkontingents erörtert haben und die Rüstungsindustrie entsprechende Aufträge erhielt. Dieses alles geschieht nach monatelangen Vorbereitungen hinter dem Rücken des deutschen Volkes, das im unklaren gelassen wird, wie weit hier ohne seinen Willen Tatsachen geschaffen werden, die nicht wieder rückgängig zu machen sind. Ist das die Demokratie, in der wir leben sollen und wollen? Dieses Verfahren bringt unser Volk wieder in die Gefahr, ohne gefragt zu werden, von seinen Politikern und von Generalen der alten deutschen Wehrmacht auf die Schlachtfelder geführt zu werden.

Wir fordern Sie daher auf, den Weg für Neuwahlen des Bundestages frei zu machen, in denen das deutsche Volk selbst entscheidet, ob es wieder aufgerüstet werden will.

Sie sollen wissen, Herr Bundeskanzler, daß wir diese über den Kopf unseres Volkes hinweg geschaffenen Tatsachen nicht anerkennen. Wir werden nichts unterlassen, um alle, die unsere Stimme erreicht, über diese Vergewaltigung unseres Volkes aufzuklären.“

In dem Brief des hessischen Kirchenpräsidenten Dr. Niemöller an Adenauer heißt es:

„Herr Bundeskanzler!

Trotz aller gegenteiligen Zeitungsnachrichten wird die Remilitarisierung Westdeutschlands, d. h. die Wiederaufrüstung deutscher Menschen für einen möglichen Krieg zwischen Ost und West mit allen Mitteln betrieben. Hohe Offiziere werden eingestellt, Organisationsstäbe zur Aufstellung deutscher Einheiten innerhalb einer europäischen Armee sind ab 1. Oktober d. J. tätig.

Rüstungsaufträge an die deutsche Industrie sind erteilt. Es erhält sich hartnäckig die Behauptung, daß zwischen dem Bundeskanzler, der nach der Verfassung die Richtlinien der Politik bestimmt, und Herrn McCloy und vielleicht auch dem britischen Oberkommissar Abmachungen bestehen, wonach alsbald eine ganze Anzahl deutscher Divisionen aufzustellen ist, als deutscher Beitrag für eine westeuropäische Streitmacht, die der Verteidigung dienen soll.

(Fortsetzung von Seite 1)

Daß das deutsche Volk von diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs einer solchen Aktion des Bundeskanzlers in seiner Mehrheit zustimmen könnte, ist nach vorgenommener privater Probeabstimmung äußerst fraglich. Eine offizielle Volksbefragung ist durch die Bundesverfassung nicht vorgesehen. Diese Verfassung ist ja so geschickt gearbeitet, daß das deutsche Volk wieder in einen Krieg hineingeschickt werden kann, ohne daß es zuvor überhaupt gefragt wird.

Die evangelische Kirche in Deutschland hat keine Zweifel gelassen, daß sie einer Remilitarisierung nicht das Wort reden könne. Darüber hinaus werden sich evangelische Christen jeder Remilitarisierung praktisch widersetzen und sich darauf berufen, daß ihnen die Bundesverfassung dieses Recht gibt. Und wenn ihnen durch eine Verfassungsänderung dieses Recht endlich entzogen werden sollte, so werden wir uns wieder einmal darauf berufen müssen, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen.

Vor den Augen und Ohren des gesamten deutschen Volkes bitte ich Sie, Herr Bundeskanzler, in dieser entscheidenden Stunde nicht vollendete Tatsachen zu schaffen, ohne eine vorherige echte Befragung der Bevölkerung des Bundesgebiete.

Wenn diese Befragung auf Grund der Bundesverfassung nicht als Volksabstimmung geschehen kann, so müßten Neuwahlen vorgenommen werden. Diese Neuwahlen hätten aber so zu geschehen, daß die deutsche Bevölkerung in der Lage ist, die von ihr zu wählenden Kandidaten eindeutig zu fragen, ob sie sich in ihrer Amtsführung für oder gegen diese „Wiederaufrüstung“ einsetzen werden.

Wenn der gegenwärtige Bundestag über diese Frage entscheidet, so käme das einem Volksbetrug gleich, da keiner der Wähler bei der Wahl im Sommer 1949 die Absicht gehabt hat, dem deutschen Bund die Vollmacht zu einer Kriegsrüstung oder gar Beteiligung zu geben.

Wenn die westlichen Alliierten von Westdeutschland einen Beitrag an Waffen und Soldaten verlangen, sollen sie das selber öffentlich befehlen und sich nicht hinter einer deutschen Demokratie verstecken.

gez. Dr. Martin Niemöller.“

Die Bekennende Kirche Deutschlands umfaßt jenen Teil der evangelischen Kirche - Geistliche und Laien -, der die Erneuerung des kirchlichen Lebens den Protestantismus auf einer religiösen Grundlage erstrebt, die frei ist von verknöchelter Dogmatik und der Bindung an die staatlichen Mächte der Vergangenheit. Die Angehörigen der Bekennenden Kirche gehören zu den evangelischen Christen, die sich der Unterwerfung Ihrer reaktionären Kirchenführung (Dibelius, Müller usw.) unter das Hitlerregime widersetzen. Zahlreiche Geistliche und Laien der Bekennenden Kirche wurden von Hitler in Konzentrationslager verschleppt und ermordet. Pastor Niemöller befand sich auch längere Zeit im Konzentrationslager.